

Die politischen Haltungen der Studierenden sind Vielen ein Rätsel: Verbirgt sich Unruhe hinter der oberflächlichen Ruhe? Wann protestieren die Studierenden (wieder)? Welche Entwicklungen ihrer politischen Ansichten zeichnen sich ab im Wandel der Zeit? Und was können wir für die Zukunft folgern: Anpassung oder Aufbegehren – oder etwas ganz Anderes? Die Erhebungen des Studierendensurveys ermöglichen auf solche Fragen empirisch fundierte Antworten.

Nachfolgend handelt es sich um einen Vortragstext in Ausschnitten, der anlässlich einer Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Thema "Zwischen Resignation und Revolution" als Einführung fungierte; die Konferenz fand statt in Köln, am 21. April 2012, mit Unterstützung des DGB-NRW, des fzs, des BdWi und des AStA der Universität Köln.

## 40.3 Entwicklungen des politischen Habitus der Studierenden

### Allgemeiner Habitus: Individualität und Erfolgsorientierung

Die Studierenden betonen insgesamt und entschieden ihre **Individualität**. Daher sind sie mehr darauf angewiesen, sich jeweils selbst zu gestalten. Zu verweisen ist auf die Wichtigkeit von Lebensstilen und auf die Bedeutung von Selbst-Design im äußeren Erscheinungsbild.

Die heutigen Studierenden, das ist besonders auffällig, sind viel „**effizienzorientierter**“ als früher. Sie setzen weit mehr darauf, das Studium rasch zu absolvieren und es erfolgreich, mit einem möglichst guten Resultat, abzuschließen. Mit dieser Haltung setzen sie sich selbst unter stärkeren Erfolgs- und Bewährungsdruck als frühere Generationen. Gleichzeitig ist damit ein Mehr an Angst vor Misserfolg verbunden.

Im Studienverlauf ist für alle Studierenden der **Anwendungsbezug des Gelernten** sehr wichtig geworden. Die Universität (noch weniger die Fachhochschule) ist für sie längst kein „Elfenbeinturm“ mehr, abgeschottet als Moratorium gegenüber dem Erwerbsleben. Sie zeigen außerdem wenig „Wirtschaftsfeindlichkeit“, sondern verlangen im Gegenteil mehr Kooperationen zwischen Hochschule und Wirtschaft, auch der geschätzten Praktikumsplätze wegen. In ganz Europa ist dies ein wichtiger Zug des Bologna-Prozesses: Den Studierenden wird mit der Hochschulausbildung „Employability“ (als Beschäftigungsbefähigung) in Aussicht gestellt. Die Studierenden selbst tun viel, um sie zu erwerben und nachzuweisen: Sie sammeln Punkte, streben Zertifikate an und bemühen sich um Praktika und Anrechnungen.

**Alternative Orientierungen**, noch vor zwanzig Jahren für die Studierenden ein konsistentes Bündel von Infragestellen, Verzicht, Ausstieg, Verweigerung und der Betonung von Autonomie, Selbstverwirklichung und Engagement, haben viel an Attraktivität verloren. Sie werden von den meisten Studierenden als mögliches Konzept von Leben und Politik gar nicht mehr verstanden. Alternativen werden entweder nicht gesehen oder ihnen wird ausgewichen. Im politischen Feld hat das zur Folge, dass die Funktion von Opposition als Teil einer Demokratie weniger geschätzt und unterstützt wird.

### Labilität der demokratischen Einstellungen

Zwei Kernstücke demokratischer Prinzipien werden von den Studierenden weiterhin überzeugt vertreten: zum einen die Meinungs- und Demonstrationsfreiheit und zum anderen der Verzicht auf Gewalt bei politischen Konflikten.

Aber die Voten für Interessengruppen oder für die kritische Oppositionsfunktion sind stark zurückgegangen; die Elemente einer pluralistischen und kontroversen Demokratie werden viel seltener befürwortet. Und zwar mit einem ersten Schub nach der Widervereinigung, aber noch stärker und am meisten im neuen Jahrtausend.

Heutzutage besteht offensichtlich mehr Uneindeutigkeit und mehr Distanz gegenüber den demokratischen Prinzipien. Die gefestigten Demokraten (vehement oder eindeutig) bilden in der Studierendenschaft nicht mehr die Mehrheit (Rückgang von 71% auf 48%); dafür sind die labilen Demokraten auf 39% (von 23%) angestiegen und die distanziert-ablehnenden Studierenden von 8% auf 14%. Solche distanzierenden Demokraten sind vor allem in den Wirtschaftswissenschaften (Universitäten wie Fachhochschulen) anzutreffen.

Insofern ist zu beachten: die Demokratie stellt für mehr und mehr Studierende nicht mehr eine Errungenschaft dar, die zu sichern und zu verteidigen ist. Insgesamt müssen sie häufiger als „labile Demokraten“ bezeichnet werden; und weniger als „sattelfeste Demokraten“ wie noch Ende der 90er Jahre.

### **Engagement und Mitwirkung**

Angesichts dieser Beobachtungen stellt sich die Frage: Wie steht es um die **Art der Meinungsbildung** und um das **politische Engagement** der Studierenden heute, auch ihres einst gefürchteten Protestpotentials?

### **Öffentliches Engagement: Zurückhaltung und Desinteresse**

Das politische Interesse und das öffentliche Engagement gehen bei den Studierenden seit einigen Jahren nachweislich fast stetig zurück. Dagegen steigen Eltern und Geschwister, die Herkunftsfamilie, erstaunlich stark in der studentischen Wertschätzung. Dies kann als ein Ausweis für den Rückzug in den privaten Kreis verstanden werden, um dort Zugehörigkeit und Sicherheit zu gewinnen.

An den Hochschulen haben sich das Interesse und die Beteiligung an den dortigen Gruppen und Gremien im Laufe der Jahre immer weiter abgeschwächt. Selbst in den Fachschaften, einst sozialer Kristallisationspunkt für viele, sind heute weniger Studierende aktiv. Die Arbeit der studentischen Vertretung interessiert die Hälfte der Kommilitonen überhaupt nicht. Interesse und Beteiligung an informellen Aktionsgruppen ist von einstmalig 62% (1985) auf 43% (2010) gefallen.

### **Meinungsbildung: Gleichgültigkeit, Beliebigkeit und Hinnahme**

Die **Bereitschaft zur politischen Meinungsbildung** ist unter den Studierenden geringer geworden. Auf theoretische Diskussionen und neuartige Konzepte lassen sie sich ungern ein. Die Studierenden vermeiden Festlegungen und entschiedene Stellungnahmen. Gesellschaftliche Probleme, ebenso wie Missstände an den Hochschulen werden zwar registriert, aber nur wenn eigene Interessen unmittelbar betroffen erscheinen, regt sich Protest, etwa in Demonstrationen gegen Zumutungen des Bachelor-Studiums. Sie bleiben aber meist ein Strohfeder und werden von anderen oft stärker mitgetragen als von den Studierenden selbst.

### **Studentisches Protestpotential**

Es führt immer wieder zu Anfragen: Wann protestieren die Studierenden. Und wie lassen sich Konjunkturen des studentischen Protestes erklären?

Zu allen Zeitpunkten seit den 90er Jahren ist unter den Studierenden kein großes, aber ein hinreichendes **Protestpotential** vorhanden gewesen. Es kann durchaus rasch akti-

viert werden, auch aggressivere Formen annehmen, was mit der sozialen Situation als Studierende zusammen hängt. Das war schon in früheren Zeiten, den 20er und 30er Jahren so und für Studierende in ganz Europa bezeichnend: „Es genügt ein Funke, um den studentischen Protest zu entflammen“ - so die Berliner Illustrierte 1932 mit vielen Fotos aus Madrid, Wien, Paris, London, Berlin.

Die **Demonstrationsbereitschaft** der Studierenden weist keinen geradlinigen Trend auf, sondern variiert nach politisch-gesellschaftlichem Kontext. Sie begründet sich mehr durch aktuelle Interessenvertretung (z.B. Studiengebühren, Einsparungen, Bachelor-Stress) als durch politische Gegenkonzepte oder gar die Stellung der Macht- und Systemfrage.

Ob diese Frage gestellt wird, davon ist entscheidend Gewicht und Reichweite von politischem Widerstand abhängig. Nach den 60er und 70er Jahren ist sie lange nicht gestellt, sogar eingeschläfert worden, besonders nach der Wiedervereinigung in Deutschland war sie gleichsam in Vergessenheit geraten. In den letzten Jahren mit deren verschiedenen ökonomischen Krisen scheint sie wieder öfter gestellt zu werden, aber die Studierenden treten keineswegs als Vorreiter in dieser Debatte auf.

Für die studentische Enthaltensamkeit ist mit verantwortlich, dass sie sich weithin darüber im Unklaren sind, wie die gesellschaftliche Entwicklung weiter gehen soll und für was sie sich einsetzen könnten. Die studentische Zurückhaltung ist weniger ein Ausweis von Ideologiefreiheit, sondern mehr von Gleichgültigkeit und Beliebigkeit.

Außerdem bremst ihre geringe Solidarität ein stärkeres Einlassen auf gesellschaftliche Probleme oder das Eintreten für Andere. Insofern finden sie sich damit ab, die übermächtigen, als komplex und unübersichtlich bezeichneten Gegebenheiten hinzunehmen: an der Hochschule, in der Gesellschaft und in der Welt. Diese Konstellation ist deshalb bedenklich, weil sie der Verführbarkeit oder Manipulierbarkeit die Türen öffnet. Eine „Politisierung“ dieser Meinungslosen folgt oft, wenn sie einsetzt, gefährlichen Populismen und möglicherweise dann in politische Extreme.

### **Abschluss: Anomie oder Autokratie**

Welche Schlussfolgerungen lassen sich aus all den Beobachtungen und Befunden ableiten? In der Bilanz ist eingangs festzuhalten: Ideale, noch mehr Visionen sind den Studierenden heute fremd, jedenfalls weit mehr als früheren Studentengenerationen. Sie richten sich in der Rolle des Kunden ein, verlieren damit aber an Verantwortung und Mitgestaltung.

### **Mehr Angst vor Misserfolg und Anomie**

Die politischen und gesellschaftlichen Orientierungen der gegenwärtigen Studentengeneration sind durch ein Mehr an **Anomie** gekennzeichnet. Ein schwerwiegendes und schwer-verständliches Wort. Was meint es: **Anomie** ist ein Kennzeichen von gesellschaftlichen und sozialen Verhältnissen, in denen die Werte und Ziele mit den vorhandenen Mitteln und Ressourcen immer weniger erreicht werden können. Mehr Studierende gewinnen den Eindruck, dass sie ihren beruflichen Weg ebenso wie politische Entscheidungen nicht steuern oder beeinflussen können, dass die eigenen Anstrengungen und Leistungen dafür belanglos sind, die offiziellen Werte keine Geltung mehr haben - und sie selber keine Mittel in der Hand haben, um sie zu erreichen.

## **Aussichten und Folgerungen**

Aufgrund dieser Sachlage könnte ein Schwinden der bürgerlichen Zivilgesellschaft und der parlamentarischen Parteiendemokratie traditioneller Art eintreten. Damit stehen wir vor einer Verzweigung, die letztlich zu Plutokratie oder Anarchie führen kann.

Zum einen könnte sich eine **Plutokratie** herausbilden, zumindest die Dominanz autoritärer Herrschaft durch eine feste politische Gruppierung, welche gleichzeitig die Zügel der Wirtschaftsmacht hält. Die Bündelung der Entscheidungsgewalt wird wichtiger als ihre gemeinsame, diskursive Herstellung mit Prozessen der Auseinandersetzung, mit Wahlen und Abstimmungen und mit Transparenz, öffentlicher Verantwortung und Rechenschaft. In der Regel wird eine solche Plutokratie durch ein Bündnis von Politik und Wirtschaft bestimmt, für das dann Züge der Korruption kennzeichnend sind.

Im Gegenzug kann aber auch der Abschied von Politik, Parteien und Parlament mit der Steuerungskraft demokratischer Entscheidungen eintreten, zeichnet sich zuweilen als „Politikverdrossenheit“ ab. Zu verstehen ist dies im Sinne einer **Anarchie**, des Netzes und der Märkte, der Ablehnung von Hierarchien und Regularien, von Staat und Organisationen. Was dann freilich folgenreich ist, weil diese Anarchie die Individuen noch mehr vereinzelt und weil sie hart zuschlägt, schnell reagiert, nicht selten in Form des Mobbings und des Mobs.

Da für mich weder Plutokratie (a la Putin) noch Anarchie (a la Flashmob) erstrebenswert erscheinen, ist ein Mehr an Engagement und Idealismus von der jungen Generation zu fordern, und zwar für eine soziale und demokratische Gesellschaft und Hochschule. Damit genug der Daten, Diagnosen und Deutungen. Stellen wir sie zur Diskussion, auch konkret darüber: Was es denn heute und zukünftig heißen kann: demokratisch und sozial, an den Hochschulen wie in der Gesellschaft?

**Tino Bargel**